

Guinea: Hunger durch rücksichtslosen Bauxitabbau

von Gertrud Falk

Anfang Dezember 2022 haben wir zum ersten Mal in Guinea die Menschenrechtslage im Gebiet der Bauxitmine Sangaredi recherchiert. Deutschland trägt eine große Verantwortung für deren Auswirkungen auf die Menschenrechte der umliegenden Bevölkerung: Die Bank ING-DiBa hat der Companie des Bauxite de Guinée (CBG) 2016 den größten Einzelkredit für die Erweiterung der Mine gegeben. Die Bundesregierung hat diesen Kredit versichert. Doch vor Ort gibt es erhebliche Konflikte.

Gemeinsam mit PowerShift, Rettet den Regenwald und CorA unterstützt FIAN die Betroffenen bereits seit zwei Jahren durch Advocacy-Arbeit gegenüber der Bundesregierung. Unsere Recherchen in Guinea haben gezeigt, dass das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen gravierender ist, als es uns bekannt war.

Von der Erweiterung der Sangaredi-Mine sind über 20 Dörfer betroffen. Die Mine baggert ihr Agrarland ab, rodet Wälder und zerstört ihre Wasserressourcen. Aufgrund von Bodenerschütterungen durch Sprengungen in der Mine bekommen Häuser Risse, und Wände stürzen ein. Silizium-haltiger Bauxitstaub hängt in der Luft und schädigt die Atemwege der Menschen. Er legt sich auch auf Blüten der Pflanzen und verhindert deren Bestäubung. Bäume tragen durch diese Umweltschäden weniger Früchte, und die Erträge von Getreide und Gemüsepflanzen gehen zurück. Durch die Verschmutzung der Gewässer sterben die Fische – wichtige Eiweißlieferanten der Bevölkerung. Das Dorf Hamdallaye wurde auf eine Abraumhalde umgesiedelt, deren Boden unfruchtbar ist. Anderen Dörfern hat das Unternehmen die Ausdehnung der Mine auf ihr Agrarland und ihre Wälder angekündigt. Sie befürchten nun ebenfalls die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage.

Unzureichende Entschädigungen

Der Minenbetreiber CBG gehört der guineischen Regierung und einem Konsortium aus drei multinationalen Bergbaukonzernen. Das Unternehmen kümmert sich völlig unzureichend um Wiedergutmachung für seine Zerstörung der Lebensgrundlage der betroffenen Dörfer. Zwar hat es zum Ausgleich für verschmutzte Gewässer Wasserpumpen installiert. Doch das Wasser erweist sich wegen eines hohen Eisengehalts als Trinkwasser ungeeignet. „Ein Bohrloch ersetzt keinen Fluss“, stellt eine Frau klar. „Der Fluss erfüllt für uns viel mehr Funktionen als nur die Versorgung mit Trinkwasser.“

Gezahlte Entschädigungen sind unzureichend und intransparent. Einkommen schaffende Maßnahmen wie Bäckerei, Tierzucht oder Gartenbau sind aufgrund schlechter Umsetzung gescheitert. Eine zugesagte Nahrungsmittelhilfe habe nur aus

einem Sack Reis, fünf Litern Öl und einem Kilogramm Zucker pro Person bestanden.

Entgegen der gesetzlichen Bestimmung bietet CBG der örtlichen Bevölkerung so gut wie keine Arbeitsplätze an. Aufgrund der verstärkten Armut mussten Eltern ihre Kinder aus der Schule nehmen. Dazu kommentierte der Dorfvorsteher von Hamdallaye: „Auch wenn jemand verspricht, monatlich Geld zu zahlen, ist es besser Arbeit zu bekommen. Auch wenn jemand sagt, den Boden auszutauschen, ist es besser, den Boden so zu lassen wie er ist.“

Unverantwortliche Banken

Die Erweiterung der Mine wurde erst durch Kredite von internationalen Banken möglich, darunter die Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC). Aufgrund der gravierenden Auswirkungen der Sangaredi-Mine auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte haben 13 Dörfer mit Unterstützung von drei NGOs 2019 eine Beschwerde bei der Ombudsstelle der IFC eingereicht. In der daraufhin begonnenen Mediation haben sich die Beteiligten bisher auf den Abstand von Sprengungen zu den Dörfern geeinigt. Nach Aussagen der Betroffenen hält sich das Unternehmen aber nicht daran. Die deutsche ING Diba hat ihre Entscheidung für einen Kredit offensichtlich einseitig nach ihren Profitinteressen ausgerichtet. Für die Bereitstellung von 248 Millionen Euro verlangt sie innerhalb von zwölf Jahren 218 Millionen Euro Zinsen, satte 88 Prozent.

Auch wenn der guineische Staat seine menschenrechtlichen Pflichten verletzt, befreit das die deutsche Regierung nicht von ihren extraterritorialen Pflichten. Die Sicherung des Rohstoffbedarfs der deutschen Industrie war ihr augenscheinlich wichtiger als der Schutz der Menschenrechte. Mit der Ungebundenen Finanzkredit-Garantie (UFK) für die ING Diba ist die Auflage verbunden, dass 15 Prozent des abgebauten Bauxits nach Deutschland exportiert werden. Wir fordern, dass auch in der Außenwirtschaftsförderung Menschenrechtsschutz umfassen beachtet werden muss.



Zum Gespräch in Parawie ist die ganze Dorfgemeinschaft gekommen.

Recherche in Kambodscha: Verschwinden zivilgesellschaftlicher Freiräume

von Mathias Pfeifer

Vor den Parlamentswahlen im Juli lässt Premierminister Hun Sen, der das Land seit 38 Jahren mit eiserner Hand regiert und die Machtübergabe an seinen Sohn vorbereitet, keine Kritik mehr zu. Zivilgesellschaft und unabhängige Medien werden mundtot gemacht, Oppositionelle ins Gefängnis geworfen. FIAN reiste im Februar nach Kambodscha und unterstützte Partnerorganisationen und Menschenrechtsaktivist*innen vor Ort.

Dutzende Mitglieder der Gewerkschaft LRSU, welche 4.000 Arbeiter*innen im größten Kasino des Landes vertritt, versammelten sich am 21. Februar vor dem Amtsgericht in der Hauptstadt Phnom Penh und forderten lautstark die Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftspräsidentin Chhim Sithar. In einem Minivan der Polizei wurde die zierliche junge Frau in orangefarbener Häftlingskleidung aus dem Frauengefängnis zur Verhandlung gebracht. Im Gerichtssaal tobte der Staatsanwalt und warf Sithar immer wieder vor, mit Geldern westlicher NGOs einen illegalen Protest organisiert und Unruhe gestiftet zu haben. Die Gewerkschaftsführerin blieb standhaft: Der Streik gegen die Massenentlassung von Gewerkschafter*innen während der COVID-Pandemie war gerechtfertigt, friedlich und gesetzeskonform.

Die politisch motivierte Anklage ist ein weiterer Versuch der Regierung, Menschenrechtsaktivist*innen einzuschüchtern. Sithar und acht weitere LRSU-Gewerkschafter*innen waren im Ende 2021/Anfang 2022 verhaftet und im März 2022 auf Bewährung freigelassen worden. Doch im November wurde Sithar erneut verhaftet, weil sie angeblich gegen Kautionsauflagen verstoßen hatte, über die weder sie noch ihr Anwalt je informiert wurden. Seitdem wartet sie in einer völlig überfüllten Gefängniszelle auf ihren Prozess. Ihr und den anderen Angeklagten drohen bis zu zwei Jahren Haft.



Gewerkschafter*innen vor dem Amtsgericht in Phnom Penh (© LICADHO)

Unabhängige Medien vor Steinmeier-Besuch geschlossen

Ähnlich wie den Gewerkschaften ergeht es Landrechtsaktivist*innen und Oppositionellen. Die Menschenrechtsorganisation LICADHO zählt derzeit 69 politische Gefangene, darunter 27 Landrechtsaktivist*innen. 19 von ihnen wurden in den letzten sechs Monaten inhaftiert. Im März 2022 verurteilte ein Gericht den Vorsitzenden der ehemals größten Oppositionspartei CNRP, die seit 2017 verboten ist, wegen angeblichen Hochverrats zu 27 Jahren Haft. Der Präsident der wiederbelebten und nun größten Oppositionspartei Candlelight Party wurde am 16. Januar verhaftet; ihm drohen bis zu fünf Jahre

Gefängnis. Angesichts der systematischen Unterdrückung von Opposition, freien Medien und Zivilgesellschaft steht der Sieger der bevorstehenden Parlamentswahlen praktisch schon fest. Unter den Beobachter*innen der Gerichtsverhandlung befanden sich neben FIAN und lokalen Menschenrechtsorganisationen auch zwei westliche Botschaften. Jedoch war nur ein einziger Journalist anwesend. Dies liegt auch daran, dass es kaum noch unabhängige Medien im Land gibt. Eine Woche vor der Verhandlung wurde der größten unabhängigen Medienorganisation – Voice of Democracy (VOD) – auf Anordnung von Hun Sen die Lizenz entzogen. Ein VOD-Redakteur berichtete FIAN, dass die Journalist*innen seitdem verstärkt Repressalien ausgesetzt sind, sodass einige ins Exil gehen mussten.



Proteste gegen den Entzug der Lizenz von VOD (© LICADHO)

Die Schließung von VOD erfolgte nur einen Tag vor dem offiziellen Besuch von Bundespräsident Steinmeier – dem ersten Besuch eines deutschen Staats- oder Regierungsoberhauptes in Kambodscha überhaupt. Dies ist ein weiteres deutliches Zeichen dafür, dass die kambodschanische Regierung, welche sich in den letzten Jahren zum engsten Verbündeten Chinas in Südostasien entwickelt hat, derzeit keine Annäherung an den Westen anstrebt.

Auch Nichtregierungsorganisationen dürfen kaum noch öffentlich Kritik üben und sich für Menschenrechte einsetzen. Im Januar verhörte und bedrohte die Polizei die Leiter mehrerer Menschenrechtsorganisationen. Bei den Verhören ging es um die Veröffentlichung eines Liedes und eines Musikvideos, das zum neunten Jahrestag der tödlichen Niederschlagung eines Textilarbeiter*innen-Streiks veröffentlicht wurde. Die Polizei drohte mit rechtlichen Schritten, sollte das Video nicht von Websites und sozialen Medien entfernt werden. In diesem repressiven Kontext ist es für Menschenrechtsverteidiger*innen und FIAN-Partnerorganisationen vor Ort extrem schwierig, ihre wichtige Arbeit zu Themen wie Landgrabbing oder Überschuldung durch Mikrokredite fortzuführen.